



1.2.2018

„Die Gewerkschaften sind schuld!“ Geht's noch?

In beiden Funkhäusern, in allen Programmen und in fast allen Redaktionen wird festen und freien Mitarbeiter*innen derzeit erklärt: *„Wir müssen in diesem Jahr noch mehr sparen, weil die Gewerkschaften so hohe Tarifsteigerungen ausgehandelt haben.“*

Das ist absurd und falsch.

Einfache Frage: Hätten Intendant, Verwaltungsdirektor, Programmdirektor und der Verwaltungsrat von Deutschlandradio dieser Tarifeinigung mit den Honorar- und Gehaltssteigerungen zugestimmt, wenn kein Geld dafür vorhanden wäre?

Einfache Antwort: Nein!

Das Geld für die Honorarerhöhungen ist da. Selbstverständlich hat die Geschäftsleitung für die Zeit von 2017-2020 absehbare Gehalts- und Honorarerhöhungen in der Finanzplanung berücksichtigt, bei der KEF angemeldet und genehmigt bekommen.

Zum 1. Januar 2018 hätten also alle Redaktions-/Sendungsetats für die Honorierung von freien Mitarbeitern um die ausgehandelten und von allem Gremien genehmigten 4,6 % erhöht werden müssen. Das aber ist nicht geschehen! Die Nichtzuweisung der (vorhandenen) Mittel bedeutet für die Redaktionen, sie müssen noch mehr sparen. Weniger Aufträge, weniger Beiträge bedeutet für freie Mitarbeiter aber zur Zeit: Sie haben weniger Geld in der Tasche – die zustehende Honoraranhebung führt aktuell zu Einkommensverlusten.

So haben wir nicht gewettet und schon gar nicht verhandelt!

Es kann nicht sein, dass vereinbarte Tarifabschlüsse dazu benutzt werden, die Etats faktisch zu kürzen und den freien Kolleg*innen, die den Hauptteil des Programmes stemmen, keine Einkommenssteigerungen, sondern Einkommensverluste zu bescheren.

Wir fordern die Geschäftsleitung von Deutschlandradio auf, die Tarifabschlüsse auch in der Praxis umzusetzen. Das hat auch sehr viel mit Glaubwürdigkeit und Wertschätzung für die Mitarbeiter*innen zu tun.

Verantwortlich: Volker Finthammer, Manfred Kloiber (ver.di), Martin Steinhage, Matthias Thiel (DJV)